

Heiner Heseler / Jörg Huffschmid / Norbert Reuter / Axel Troost (Hrsg.)

## Gegen die Markt-Orthodoxie

Perspektiven einer demokratischen und solidarischen Wirtschaft  
Festschrift zum 60. Geburtstag von Rudolf Hickel

364 Seiten | 2002 | EUR 20.40 | sFr 36.10  
ISBN 3-87975-844-1 1



**Seit 1975 ist die Wirtschaftspolitik** nicht mehr alternativlos. Jahr für Jahr setzt sich die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mit neoliberaler Finanz- und Verteilungspolitik auseinander. Rudolf Hickel ist ihre treibende Kraft.

An seine Beiträge zur Finanzpolitik, Geld- und Akkumulationstheorie – und an seine vielfältigen Bemühungen um wirtschaftliche Urteilsfähigkeit – knüpfen die Autorinnen und Autoren dieses Bandes an.

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Unterstützung der Hans Böckler Stiftung.

### Themenfelder:

- Aspekte einer alternativen Wirtschaftswissenschaft
- Aspekte einer alternativen Wirtschaftspolitik
- Bilanz der deutschen Vereinigungspolitik
- Gewerkschaften, Tarifpolitik, Mitbestimmung
- Erlebnisse und Begegnungen

### Leseprobe 1

#### Politische Ökonomie als Programm

Rudolf Hickel zum 60. Geburtstag Die Generation der heute 60-Jährigen in Deutschland durchlebt gegenwärtig die fünfte Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik. Die erste 1967/68 wurde relativ schnell durch ein energisches Konjunkturprogramm überwunden. In der zweiten Krise Mitte der 70er Jahre dauerte es länger, bis die Bundesregierung sich zu einer Gegensteuerung durch ein »Zukunftsinvestitionsprogramm« durchrang und damit der These entgegentrat, den »Sachzwängen des Weltmarktes« könne nur begegnet werden, indem man sich ihnen anpasst und den Gürtel entsprechend enger schnallt. Das Zögern hatte jedoch seinen Preis: Es entwickelte sich eine tiefe Krise, in der die Wirtschaft zunächst stagnierte und dann sogar um 1,4% schrumpfte. In der Folge wurde die Zahl von einer Million registrierter Arbeitsloser erstmals überschritten, was damals noch als eine soziale Katastrophe begriffen wurde. Heute würde die – wie damals sozialdemokratisch geführte – Bundesregierung eine solche Zahl vermutlich als Vollbeschäftigung feiern. Die nächste Krise Anfang der 80er Jahre brachte nicht nur das Ende der sozialliberalen Koalition und den Beginn der konservativ-liberalen Ära, sondern auch die Abkehr von dem Anspruch, durch Konjunktur- und Strukturpolitik stabilisierend und gestaltend auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzuwirken. Sozialabbau zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit heißt seitdem die wirtschaftspolitische Parole, an der auch ein neuerlicher Regierungswechsel im Jahr 1998 kaum etwas geändert hat. Die volle Wucht dieser neoliberalen Doktrin kam erstmals in der Krise nach der deutschen

Vereinigung Anfang der 90er Jahre zur Geltung, als die Bundesbank in ihrer missionarischen Engstirnigkeit den durch staatliche Stützungsprogramme von West nach Ost getragenen Aufschwung abwürgte. Die Folgen dieser politisch herbeigeführten Krise haben die ohnehin schweren Probleme in Ostdeutschland massiv verschärft. Die vollmundig versprochenen »blühenden Landschaften« in »drei, vier, fünf Jahren« blieben ebenso aus wie eine Angleichung der Lebensverhältnisse. Bis heute ist eine sich selbsttragende Entwicklung in den neuen Ländern nicht in Sicht. Dies wiegt umso schwerer, als wir uns mittlerweile in einer neuen Depressionsphase befinden, in der ein normaler Konjunkturabschwung durch den Absturz der Finanzmärkte und eine weitgehende internationale Synchronisierung noch verschärft wird. Und wieder lehnt die Regierung – diesmal im Einklang mit der EU – ein Gegensteuern ab, verweist auf die Zwänge der Globalisierung und besteht darauf, eine »Konsolidierungs«politik fortzusetzen, die in den letzten zehn Jahren zwar zur Stabilisierung der Unternehmensgewinne, gleichzeitig aber zur Destabilisierung der Beschäftigung, zu höherer Arbeitslosigkeit und schärferen sozialen Spaltungen geführt hat. Diese Entwicklung hat den Wirtschaftswissenschaften erhebliche Anpassungsleistungen abverlangt. Die Abkehr von einer Konzeption, wonach die Wirtschaft ein soziales System darstellt, das durch Fehlentwicklungen und Instabilitäten gekennzeichnet ist und nach stabilisierenden Interventionen und reformpolitischen Korrekturen verlangt. Stattdessen setzte sich der alte Glaube an die Allmacht der Märkte wieder durch, was zu einer Vertreibung von (Reform-)Politik aus der Wirtschaft führte. Diese Anpassungsleistung ist überwiegend bemerkenswert schnell und in erschreckender Intensität erbracht worden, wie ein Blick auf die aktuelle Literatur und das Personal an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten belegt. Zu den Ausnahmen, die sich dieser Anpassung verweigert haben, gehört Rudolf Hickel, der nicht zuletzt aus diesem Grunde mit der vorliegenden Festschrift aus Anlass seines 60. Geburtstages geehrt werden soll. Das wirtschaftswissenschaftliche Studium von Rudolf Hickel fiel zeitlich unmittelbar vor, die ersten wissenschaftlichen Anstellungen in Tübingen mitten in die Phase der Studentenbewegung, also der öffentlichkeitswirksam vorgetragenen Kritik nicht nur an der traditionellen Wissenschaft, sondern auch an den etablierten Verhältnissen – nicht zuletzt an den Universitäten. Rudolf Hickel engagierte sich, gelegentlich zum Leidwesen seiner professoralen Vorgesetzten, in der Studentenbewegung, in der organisierten Assistentenschaft und beim Aufbau der Reformuniversität Bremen. Er betrieb und förderte die Kritik an den immunisierten Axiomen der Marktorthodoxie und trug dazu bei, die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen der Wirtschaftswissenschaften zu erforschen und deutlich zu machen. Diese »Politisierung« der Ökonomie ist ein Grundthema seiner wissenschaftlichen Arbeiten geblieben: Wissenschaft und erst recht Wirtschaftswissenschaft hat er nie als politikfrei oder gar als unpolitisch verstanden. Ökonomie ist für ihn politische Ökonomie, auch und gerade da, wo sie sich als reine Wissenschaft gibt. In einer demokratischen Gesellschaft komme es darauf an, das politische Element in der Wirtschaft und in der Wirtschaftswissenschaft herauszustellen, die Ideologie der wertfreien Sachzwänge zu durchbrechen, die dahinter stehenden Interessen herauszuarbeiten und damit einer öffentlichen Diskussion überhaupt erst zugänglich zu machen. Die Professur, die Rudolf Hickel im Jahre 1971 an der sich damals in Gründung befindenden Universität Bremen übernahm, war folgerichtig eine für Politische Ökonomie. Die Politik in der Wirtschaft war und ist Rudolf Hickels zentrales Thema. Es kennzeichnet bereits die frühen Kommentierungen der Schriften Schumpeters und Goldscheids über den Steuerstaat und reicht bis zu seinen Abhandlungen über die Geldpolitik der EU und seinem jüngsten Buch über Aufstieg, Fall und mittelfristige Aussichten der New Economy. Aus einer solchen Perspektive ergibt sich als eine konsequent von Anfang an durchgehaltene Linie die Kritik am Marktradikalismus in seinen vielen Varianten: von den blutleeren Modellen der vollständigen Konkurrenz über die Ideologie der effizienten Märkte bis hin zur zerstörerisch-fundamentalistischen Überstülpung eines rabiaten Privatisierungskurses in Ostdeutschland und zum Standort-Wahn, der Sozialabbau im Namen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit betreibt. Rudolf Hickel hat die Wende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von einem gemäßigt keynesianischen zu einem marktideologischen Gremium von Anfang an genau verfolgt und scharf kritisiert – jedoch nicht ohne immer wieder die abweichenden Meinungen einzelner Mitglieder des Sachverständigenrates von der neoliberalen Generallinie hervorzuheben und nach Kräften zu unterstützen. Er hat als einer der ganz wenigen Ökonomen in Deutschland die Fehler der Treuhand- und Transformationspolitik in den neuen Bundesländern bereits früh kritisiert und Alternativen aufgezeigt. Sein Einschätzungsvermögen und seinen ökonomischen Sachverstand belegt nicht zuletzt die Tatsache, dass er den »Fehlstart«, zu dem die neoliberale Vereinigungspolitik geführt und die sich in einer anhaltenden und sich zuletzt sogar wieder deutlich verschärfenden ökonomischen und sozialen Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland niedergeschlagen hat, präzise vorausgesagt hat. Einen besonderen Schwerpunkt in Rudolf Hickels wissenschaftlicher Arbeit stellt die Finanzpolitik dar, die er nicht auf eine einfache Gegenüberstellung von – immer zum Ausgleich zu bringenden – öffentlichen Ausgaben und Einnahmen reduziert. Demgegenüber versteht er Finanzpolitik als einen Bereich, in dem die Gesellschaft in einem politischen Verfahren die Bereiche festlegt, die den Marktgesetzen und Gewinnzwängen entzogen und als »öffentliche Güter« den Menschen unabhängig von der Höhe ihrer Einkommen zur Verfügung gestellt werden sollen. Hier steht Rudolf Hickel in der besten Tradition orthodoxer Finanzwissenschaftler wie Fritz Neumark oder Robert Musgrave, die in der Finanzpolitik den stabilisierenden und gestaltenden Eingriff in die Wirtschaft akzeptieren und nutzen wollen. In zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen, Gutachten, Vorträgen und Diskussionsbeiträgen hat er Steuerpolitik und Staatsausgaben aus dieser Perspektive thematisiert, die verdeckten und offenen Umverteilungswirkungen von unten nach oben kritisiert und konkrete Möglichkeiten und Perspektiven

einer ökonomisch effizienteren, solidarischen, sozial gerechteren und ökologisch wirksamen Finanzpolitik entwickelt. An Themen hat es dabei in den letzten 30 Jahren nicht gefehlt: Die verschiedenen Steuerreformen, die immer wieder als »Jahrhundertwerk« gepriesen, nach wenigen Jahren neuen Reformbedarf nach sich zogen; die neoliberale Kehrtwende zur »Konsolidierungs«politik, deren Hauptinhalt der Sozialabbau war und ist; zuletzt das System des vertikalen und vor allem des horizontalen Finanzausgleichs: Kaum jemand kennt sich in den komplizierten Verästelungen dieses einzigartigen Systems so gut aus wie Rudolf Hickel, der auf der Basis dieses Wissens das dahinter stehende Prinzip des solidarischen Ausgleichs zwischen den Bundesländern vehement verteidigt, was nicht zum Schaden des kleinsten Bundeslandes Bremen ist, das ihm zur zweiten Heimat geworden ist. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung hat Rudolf Hickel sich klar als gewerkschaftsnaher Ökonom positioniert, der allerdings gelegentlich auch kritische Bemerkungen an die Adresse derer nicht scheut, denen er sich verbunden fühlt und für die er enorm viel leistet. Derartige Einwürfe können die Grundsolidarität jedoch nicht erschüttern. Sie resultiert einerseits aus der klaren Sicht der realen Machtverhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften zugunsten der Kapitalbesitzer und auf der anderen Seite aus einer Parteinahme für die Schwächeren in der Gesellschaft, die nur durch Solidarität und gemeinsames Handeln ein Gegengewicht gegen diese Übermacht schaffen können. Rudolf Hickel versteht sich als Teil dieses Gegengewichts. Dies kommt nirgendwo besser zum Ausdruck als in der geradezu leidenschaftlichen Verteidigung des Flächentarifvertrages gegen alle Angriffe aus dem Arbeitgeberlager. Welche verheerenden Wirkungen die Aushöhlung des Flächentarifvertrages mit sich bringt, hat er bei seinen umfangreichen Studien und Beratungen in Ostdeutschland hautnah erfahren. Rudolf Hickel ist freilich kein Mensch, der sich auf die Erarbeitung und Veröffentlichung seiner Erkenntnisse in wissenschaftlichen Publikationen beschränkt. Dies vermag angesichts seiner wissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte und der bei der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse nicht zu erstaunen. Erstaunen und Bewunderung hervorrufen muss aber die Bravour, mit der er sich in die öffentliche Diskussion einbringt. Zahllose Artikel in Tages- und Wochenzeitungen, regelmäßige Radio- und Fernsehinterviews, unzählige Auftritte bei Podiumsdiskussionen, in Universitäten, Schulen und Volkshochschulen belegen seine Auffassung, dass Wissenschaftler auch einen Aufklärungs- und Bildungsauftrag haben. Trotz seiner oft harten Kritik bleibt Rudolf Hickel im Ton aber immer so verbindlich, dass er als Diskussionspartner auch von denen akzeptiert wird, die seine Positionen nicht teilen und die er kritisiert. Man findet Rudolf Hickel aber nicht nur in wissenschaftlichen Positionen – etwa als wissenschaftlichen Direktor des PIW Progress Instituts für Wirtschaftsforschung oder seit jüngstem als Direktor des als Kooperationsstelle zwischen Universität und Gewerkschaften in Bremen gegründeten Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW). Daneben sitzt er für die Gewerkschaften in Aufsichtsräten großer und größter Unternehmen, ist häufiger Gast – und fast immer der einzige Vertreter einer linken Position – in Talkshows, lässt sich aber auch nicht lange bitten, an einer Diskussion im kleinen SeniorInnenkreis teilzunehmen. Rudolf Hickel gehört der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik – besser bekannt unter dem Namen Memorandumgruppe – seit ihrer Gründung im Jahre 1975 an. In diesem letzten Vierteljahrhundert dürfte es kein Jahr gegeben haben, in dem er nicht aktiv an der Formulierung der jährlichen Gutachten mitgearbeitet hat, die sich als Gegengewicht zu den einseitigen Analysen und Empfehlungen von Sachverständigenrat und der überwiegenden Mehrheit der etablierten Wirtschaftswissenschaft verstehen. Es ist zu einem erheblichen Teil das Verdienst Rudolf Hickels, dass diese Memoranden auch über den engen Kreis progressiver ÖkonomInnen und unmittelbarer Adressaten aus den Gewerkschaften einer breiteren Öffentlichkeit bekannt sind. Gründe genug für seine Kollegen und Freunde, Rudolf Hickel aus Anlass seines 60. Geburtstages am 17. Januar 2002 diese Festschrift zu widmen! Die Herausgeber haben die 26 Beiträge entsprechend den Schwerpunkten, die der Jubilar sich in vier Jahrzehnten intensiver Arbeit gesetzt hat, in vier Themenblöcke gegliedert. Der erste, »Aspekte einer alternativen Wirtschaftswissenschaft«, reicht von der Kritik traditioneller Theorien bis zur Formulierung eigenständiger – und durchaus kontroverser – Ansätze zur Erklärung wirtschaftlicher Vorgänge. Daran schließen sich im zweiten Teil – »Aspekte einer alternativen Wirtschaftspolitik« – Beiträge an, die aus der Sicht von Politikern, Gewerkschaftlern und WissenschaftlerInnen von der Möglichkeit einer anderen, sich nicht den Weltmarktzwängen ausliefernden Wirtschaftspolitik in Deutschland und im europäischen und internationalen Kontext handeln. Dann folgt der Abschnitt über die »Bilanz der deutschen Vereinigungspolitik«, die Rudolf Hickel von Anfang an kritisch begleitet und der er einen großen Teil seiner wissenschaftlichen und politischen Arbeit während des letzten Jahrzehnts gewidmet hat. Die Beiträge, die aus der Feder von Politikern und Gewerkschaftern stammen, mit denen er auf diesem Gebiet teilweise eng zusammengearbeitet hat, können auch als Anerkennung seines Engagements und als persönliches Dankeschön verstanden werden. Der vierte Abschnitt thematisiert den Bereich der gewerkschaftlichen Politik. Auch hier ist es ein Zeichen der hohen Anerkennung und Verbundenheit, dass die Beiträge überwiegend von gewerkschaftlichen Funktionsträgern verfasst wurden, mit denen Rudolf Hickel in den letzten beiden Jahrzehnten zusammengearbeitet hat. Schließlich gibt es – vor dem Verzeichnis der Publikationen des Jubilars – noch einen kleinen fünften Block, der etwas aus der Systematik herausfällt und den Bogen schlägt von der Vergangenheit, dem bewegten Leben des Studenten Rudolf Hickel in Tübingen, bis zur Gegenwart, nämlich der Wahrnehmung des unruhig-kritischen Geistes durch den Bremer Bürgermeister. Die Kontinuität, die auch hier erkennbar wird, möchten wir mit dieser Festschrift würdigen. Bremen / Aachen, im Dezember 2001 Die Herausgeber

## Leseprobe 2

Hasso Düvel

Viele Wissenschaftler erklären die Welt – nur wenige helfen, sie zu verändern. Derzeit ist es in deutschen Unternehmer- und Intellektuellenzirkeln wieder Mode, bei Champagner und Häppchen die Nase über die Gewerkschaften zu rümpfen. Es ist, als hätten Geisterfahrer Konjunktur. Manche Marktradikale, vor allem Mittelständler, ereifern sich so sehr, dass man meinen könnte, die IG Metall sei tatsächlich auf der falschen Spur. Das hören wir vor allem dann, wenn wir von Politik und Wirtschaft verlangen, das 1990 gegebene Versprechen einzulösen, die Angleichung der Lebensbedingungen in Ostdeutschland an die im Westen voranzutreiben. Immer öfter treffen wir Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen auf unverhohlene Ablehnung und sogar Hass bei Arbeitgebern und ihnen nahe stehenden Wissenschaftlern und Politikern, wenn wir auf Flächentarifverträgen bestehen, wenn wir tarifliche Einkommenssteigerungen und Sicherheiten fordern, oder wenn wir verlässliche und humane Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in Industrie und Handwerk auf die Tagesordnung setzen. Sobald die IG Metall offensiv die Interessen all jener Menschen vertritt, die niemanden für sich arbeiten lassen können, wird die Gewerkschaft zur bedrohlichen Konjunkturbremse erklärt, wird sie für jeden Durchhänger der Wirtschaft verantwortlich gemacht, und die Schuld für die permanent hohe Arbeitslosigkeit wird ihr auch gleich noch aufgeladen. Das war zwar zu allen Zeiten so, doch haben die Schwierigkeiten, die der Transformationsprozess der ostdeutschen Wirtschaft mit sich brachte, erhebliche Zuspitzungen bewirkt. Wer in solchen Zeiten verlässliche Experten an seiner Seite hat, kann sich glücklich schätzen. Für uns IG Metaller und Metallerinnen in Ostdeutschland war und ist Rudolf Hickel ein solcher Mann – einer, der gewissermaßen aus dem Gegen-Establishment kam. Als einer der »alternativen Wirtschaftsweisen« hatte er immer wieder gewichtige und beachtete Beiträge zur Kapitalismus-Kritik in der Bundesrepublik geleistet. Seine stets fundierten Analysen, unbestechlichen Gutachten und klugen Aufsätze lieferten uns Gewerkschaftern wichtige Anhaltspunkte, uns für den jeweils richtigen, vernünftigsten Weg zu entscheiden. In der Auseinandersetzung um die Stufentarifverträge für die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie zu Beginn der 90er Jahre war eine solche Klarsicht und Kompetenz wertvoll wie selten zuvor, da die Arbeitgeber die Sozialpartnerschaft auf eine harte Probe stellten. Dies war die Lage: Engagierte Gewerkschafter aus dem Westen waren in die neuen Länder geeilt, um das System der bundesdeutschen Tarifautonomie einführen zu helfen und um das Betriebsverfassungsgesetz nach Geist und Buchstaben zu übertragen – wichtige Schritte, um Ostdeutschland erfolgreich in die neue Bundesrepublik zu integrieren. Ohne die ausgleichende, auf die Wahrung der Interessen von Millionen Beschäftigten zielende Politik der IG Metall – dieser Tatsache müssen Gewerkschaftsgegner jetzt besonders tapfer ins Auge sehen – hätte der soziale Frieden in dem gigantischen Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft wohl kaum Bestand gehabt. Der erste längerfristige Flächentarifvertrag in der Metallindustrie beinhaltete eine Stufenregelung, nach der die Löhne und Gehälter bis 1994 auf 100% angehoben werden sollten. Gleichzeitig war darin eine Revisionsklausel enthalten. Diese erlaubte es jeder Tarifvertragspartei, nochmals überprüfen zu lassen, ob der Zeitpunkt für die Angleichung richtig gewählt ist oder ob er hinausgeschoben werden muss. Eine Einigung über diese Frage im Schlichtungsverfahren setzte aber Einhelligkeit voraus. Als Vorsitzenden dieser Schlichtungsstelle schlugen wir Rudolf Hickel vor. Im Losverfahren fiel der Vorsitz aber an die Arbeitgeberseite, und es gab weder eine Verständigung noch einen Kompromiss über die Rahmenbedingungen der Angleichung. In diesen Verhandlungen hat Rudolf Hickel auf der Grundlage einer sehr klaren Analyse und einer Abwägung der Argumente für die Angleichung argumentiert. Ein Vergleich mit einem Boxkampf scheint mir hier angebracht, und ich würde sagen, die Runden gingen Neun zu Eins an Hickel. In der Endphase dieser Schlichtung dachten wir schon darüber nach, wie wir bei einem möglichen Scheitern vorgehen sollten. Am 18. Februar 1993 warfen uns die sächsischen Metallarbeitgeber tatsächlich eine »außerordentliche Kündigung« des geltenden Flächentarifs und Stufenplans auf den Tisch. Die Frage, wie wir reagieren sollten, was wir uns zutrauen könnten, führte zu heißen Debatten – bei uns in Sachsen und beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt am Main. In diesem Entscheidungsprozess spielte Rudolf Hickel eine hervorragende Rolle. In der Diskussion mit dem Vorstand der IG Metall stellte er sich klar auf unsere Seite: Der Flächentarif und die Angleichung könnten nur im Arbeitskampf verteidigt werden. Ganz wichtig war seine Argumentation, dass dieser Arbeitskampf ein ostdeutscher sein müsste und keiner, der aus der Gewerkschaftszentrale ferngesteuert würde. Der Erfolg gab ihm Recht: Der erste und bislang größte Streik in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie in der ostdeutschen Stahlindustrie führte zum Abschluss eines neuen Flächentarifvertrags mit einem Stufenplan, der die 100-Prozent-Angleichung der Löhne und Gehälter für 1996 festsetzte. Der Weg zur Angleichung wurde damit zwar länger, aber wir hatten den Flächentarif verteidigt und das Ziel – 100 Prozent Westtarif – gesichert. Im Herbst 1995 stand der Stufentarif von 1993, der damals auch für die ostdeutsche Stahlindustrie bis 1996 verlängert worden war, auf dem Prüfstand, da auch hier eine Revisionsklausel vereinbart worden war. Diesmal nahmen wir sie in Anspruch, weil wir der Auffassung waren, dass die volle Übernahme der Westlöhne und -gehälter aufgrund der ökonomischen Bedingungen der Branche früher möglich wäre. Die Begründung hatte Rudolf Hickel exzellent entwickelt. Unsere gemeinsame Vorgehensweise führte erneut zu einem Schlichtungsverfahren. Auch wenn Rudolf Hickel erneut nicht Vorsitzender wurde, setzte er sich in dieser Schlichtung wiederum sehr klar mit dem von den Arbeitgebern benannten Vertreter auseinander: Professor Rütters, ein in der Fachwelt sehr geschätzter konservativer Arbeitsrechtler von der Universität Konstanz. Dieses ausgesprochen harte, aber nach allen Regeln der Kunst ausgefochtene Schlichtungsverfahren endete mit einem Vergleich. Der Einföhrungstermin der Westtarife wurde um

einen Monat vorgezogen. Dafür wurde die schon früher vereinbarte Erhöhung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) ein wenig gestreckt. Ein Blick auf das erste Jahrzehnt der wiedergewonnenen deutschen Einheit offenbart, dass die Prognosen der alternativen Wirtschaftswissenschaftler leider weitgehend eingetroffen sind. Der »reine« Markt hat versagt. Oder vielleicht sollte man viel treffender sagen: Er hat sich gnadenlos durchgesetzt, aber gegen die Interessen der Menschen – vor allem in den neuen Ländern. Im zurückliegenden Jahrzehnt haben blind waltende Kräfte des Marktes Hand in Hand mit einer konservativ geprägten Politik 90% der Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie der neuen Länder vernichtet. Rudolf Hickel hat sich von dieser Entwicklung nicht entmutigen lassen, sondern stets neue Vorschläge entwickelt und unsere Vorhaben wissenschaftlich begleitet und unterstützt – zum Beispiel das Konzept der Industrieholding als Alternative zur Treuhandanstalt. Überhaupt hat Hickel zu jeder Zeit unsere permanente Kritik an der verfehlten Treuhandpolitik mit wissenschaftlich untermauerten Argumenten gestützt. Er wies nach, was wir und unsere Mitglieder täglich erleben mussten: Erst privatisieren und dann sanieren führte die meisten Betriebe direkt in den Untergang, es bedeutete, das Pferd vom Schwanz aufzuzäumen. Des weiteren stützte er unsere Idee, sich bei der Sanierung der ostdeutschen Wirtschaft zunächst auf den Erhalt industrieller Kerne zu konzentrieren, die später wieder wachsen könnten. In diesem Zusammenhang profilierte sich Hickel als Vordenker eines Konzepts der Regionalisierung der Sanierungspolitik. Diese sollte, so das Denkmodell, begleitet werden durch staatliche Strukturpolitik, also durch eine stärkere Intervention des Staates für die Entwicklung von Strukturen der Zukunft. Stets entwickelte er Konzepte zur Ankurbelung der ostdeutschen Ökonomie. Diese zeichneten sich dadurch aus, dass neben den notwendigen Geldtransfers auch die Infrastruktur entwickelt und Investitionen gefördert werden sollten, die nicht primär zu einem Steuerabschreibungsboom für westdeutsche Privathaushalte führen, sondern die in erster Linie die Ansiedlungspolitik der Unternehmen auf die neuen Länder orientieren und Beschäftigung in Räumen organisieren sollten, die inzwischen sehr stark unter der Transformation gelitten hatten. Zwar gibt es positive Entwicklungen und echte Erfolgsgeschichten. Die Automobilbranche zum Beispiel glänzt mit Volkswagen in Sachsen, Opel in Eisenach und Daimler-Chrysler im brandenburgischen Ludwigsfelde. BMW und Porsche planen neue Werke in Leipzig – einer Stadt, die wie kaum eine zweite in Ostdeutschland mit den Aufbaumitteln konsequent Infrastruktur und Kultur entwickelt hat und zu einem attraktiven Standort mit hoher Lebensqualität geworden ist. Auch die Werften in Wismar, Stralsund und Warnemünde haben sich behauptet. Weil Metallerinnen und Metaller den Plattmachern von der Treuhandanstalt Widerstand leisteten, gibt es in Ostdeutschland heute eine moderne, effiziente Stahlindustrie, einen konkurrenzfähigen Schienenfahrzeugbau und einen leistungsfähigen Maschinen- und Anlagenbau, deren Unternehmen in der europäischen und Weltliga mitspielen. Neben EKO Stahl Eisenhüttenstadt wären da zu nennen die Waggonbaubetriebe von Bombardier und schließlich die Union Werkzeugmaschinen GmbH Chemnitz, ein boomendes Unternehmen in Mitarbeiterhand. Aber wir haben schon gesehen: Dass von diesen Standorten heute überhaupt die Rede ist, können wir nicht allein dem Weitblick und der Weisheit von Politikern, Wirtschaftslenkern und Arbeitsmarktstrategen zuschreiben. Im Grunde genommen gibt es diese Standorte, weil in Infrastruktur, in neue Anlagen und Arbeitsplätze investiert wurde – oft auf Druck und Initiative der IG Metall, deren Mitglieder und Betriebsräte mit machtvollen und phantasievollen Aktionen Entscheidungen von Managern und Politikern beeinflussten, und die dabei auch viele Opfer brachten, um Betriebsschließungen abzuwenden. Wäre es allein nach der Treuhand-Chefin Birgit Breuel und den radikalen Vertretern einer neoliberalen, marktgläubigen Wirtschaftspolitik gegangen, würde es all diese und viele weitere Betriebe heute nicht mehr geben. Beharrlichkeit und Trotz von Belegschaften aus ehemals volkseigenen Kombinatbetrieben, die die Treuhand eigentlich »abwickeln« wollte, führten schließlich doch zum Erhalt von Standorten. Ohne Co-Management der IG Metall und ohne ihre programmatischen Vorschläge für den Erhalt industrieller Kerne, für den Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen in den Regionen würden Besucher Ostdeutschlands heute eine ganz andere Szenerie antreffen. Vielleicht diese: Über exzellent ausgebaute Autobahnen und Bundesstraßen geht es vorbei an begrünten und aufgeforsteten »Industrie-Folgelandschaften«, hin zu großen, menschenleeren Freizeitparks, in deren Umgebung neu errichtete oder renovierte Landhaushotels und Bauernhöfe vergeblich auf Touristen warten. Vielleicht würde es sich bei diesen Besuchern aus dem Westen ja um »Ehemalige« handeln, die ihre Heimat im Osten verlassen mussten, weil es einfach keine Arbeit gab und damit keine Perspektive, also keine Möglichkeit, sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Zum Glück ist es so weit nicht gekommen. Aber die Gefahr, dass der Osten nach und nach ausblutet, besteht immer noch. Beim Aufbau Ost – und das berührt uns schmerzlich – sind nur wenige Blütenträume gereift. Trotz zeitweise zweistelliger Wachstumsraten ist die industrielle Basis im Osten zu klein für eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung geblieben. Was von den einst stolzen volkseigenen Kombinatn übrig geblieben ist, ausgegründet wurde oder neu entstand, existiert meist ohne eigene Forschungs-, Entwicklungs- und Marketingabteilungen. Sie sind so vollkommen durchrationalisiert, wie es sich Manager im Westen nur erträumen, erwirtschaften aber nur eine geringe Wertschöpfung und sind abhängig von Konzernzentralen, die fern in Westdeutschland, Europa oder sogar in Übersee örtlich kaum nachvollziehbare Entscheidungen treffen. Diese »verlängerten Werkbänke«, so die Erfahrung, dienen bei Auftrags- oder Marktschwankungen als Puffer und sind bei Entlassungen oder Kurzarbeit stets zuerst betroffen. Als Folge verharrt die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Seit 1990 schwankt sie um die 20%-Marke. Sie war stets doppelt so hoch wie im Westen und liegt jetzt sogar über dieser Marke. Wenn der Blick über die offiziellen Zahlen hinausgeht und die Arbeitssuchenden hinzu gerechnet werden, die zeitlich befristet an öffentlich geförderten Beschäftigungs- und

Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, erhöht sich die Quote nochmals auf bis zu 40% realer Erwerbslosigkeit. Auf beunruhigende Weise bestätigt dies die Richtigkeit der Kritik von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der in seinen mutigen Thesen Anfang 2001 vor einer weiter auseinanderdriftenden Entwicklung in Ost und West warnte. Wie ist die Lage in Ostdeutschland heute? In der Metall- und Elektroindustrie sowie in der Stahlindustrie von Berlin, Brandenburg und Sachsen sind nur noch zehn Prozent der Arbeitsplätze von 1991 übrig geblieben. Die Zeit der großen Investitionen ist vorbei, und es gilt nun, den Aufbau im Kleinen, mit kleinen, aber in Stadt und Land sichtbaren Schritten voranzubringen. Die auf Initiative der IG Metall ins Leben gerufenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften milderten zwar in den ersten Aufbaujahren die schlimmsten Folgen der Massenarbeitslosigkeit. Sie konnten aber ihre Brückenfunktion in den privatwirtschaftlichen Arbeitsmarkt nur sehr minimal erfüllen. Gesellschaften wie die Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft (WEQUA) im brandenburgischen Lauchhammer oder die Sächsische Aufbau- und Qualifizierungsgesellschaft (SAQ) in Zwickau, die im Sommer 1991 nach einer Betriebsbesetzung gegen den Willen der Treuhand als erste ihrer Art im Osten für die Trabant-Bauer bei Sachsenring gegründet wurde, gehören bis heute zu den größten Arbeitgebern in den jeweiligen Regionen. Die Idee, für den Aufschwung Ost eine Reserve von Fachkräften für neue Arbeitsplätze auszubilden, gewissermaßen für die Zeit eines künftigen Beschäftigungsaufbaus zu »parken«, scheiterte jedoch an einer verfehlten Aufbau-Ost-Politik der konservativen Regierung aus CDU, CSU und FDP. Statt Industrie und Infrastruktur vernünftig aufzubauen, wurde ein gigantisches Bauprogramm gefördert, in dessen Gefolge Wohnungen und Büros im Überfluss entstanden, wobei vornehmlich westdeutsche Betriebe und Steuerzahler bei Wirtschaftsförderung und Fiskus kräftig abkassierten. Heute frisst die Bauwirtschaft, die so schnell wieder in sich zusammen fiel, wie sie zunächst aufgebläht wurde, die zum Teil zweistelligen Wachstumsraten der ostdeutschen Industrie völlig auf. Unter dem Strich sind deshalb die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts seit 1997 geringer als in Westdeutschland. Sie müssten aber dauerhaft höher sein, um die Angleichung an den Westen wenigstens auf lange Sicht zu schaffen. Wie weit der Weg zu annähernd gleichen Lebensverhältnissen in Ost und West noch ist, zeigt immer wieder ein Blick auf die Erwerbstätigkeit. In Ostdeutschland kommen heute auf 1.000 Einwohner nicht einmal halb so viele Industriebeschäftigte wie in Westdeutschland. Die Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern ist indessen sehr uneinheitlich. Auf der einen Seite gibt es aufstrebende Boom-Regionen wie Dresden und Frankfurt (Oder) als Standorte der Mikroelektronik, die bereits erwähnten Zentren des Automobilbaus in Ludwigsfelde, Zwickau und künftig auch Leipzig sowie Chemnitz als Standort des Maschinen- und Anlagenbaus. Andere Regionen aber bleiben zurück. Die Industriebasis ist zwar gesund, aber zu schmal. Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie verweisen zwar auf beachtliche Gewinne, doch gibt es davon insgesamt viel zu wenige. Die Folge dieser dünnen Niederlassungsstruktur ist, dass strategische Entscheidungen aus sehr großer Entfernung gefällt werden. Die Interessen der Beschäftigten und der Regionen spielen dabei kaum eine Rolle. Die kritische Begleitung durch Gewerkschaften und den Sachverstand alternativer Wirtschaftswissenschaftler ist unverzichtbar. Bei Großfusionen wie im Stahlbereich (betroffen war 2001 die Usinor-Tochter EKO Stahl, die bei der Bildung des Stahlriesen NewCo erneut ins öffentliche Licht rückte) oder im Bahntechnik-Bereich bei der Übernahme von Adtranz durch Bombardier wurde überdeutlich, welche Welten zwischen Paris und Eisenhüttenstadt, zwischen Montreal und Hennigsdorf liegen. Mit Aufsehen erregenden Aktionen in den Betrieben und in einem Nerven aufreibenden Papierkrieg mussten wir den Konzernzentralen in Erinnerung bringen, dass in Ostdeutschland noch für eine geraume Zeit besondere Bedingungen zu beachten sind. Dennoch: Die Resignation der Ostdeutschen wächst. Sie sehen nicht mehr ein, warum sie für weniger Geld länger arbeiten sollen, wobei ihnen obendrein die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes ständig im Nacken sitzt. Mit einem unvergesslichen Arbeitskampf, der die Aufmerksamkeit der gesamten Bundesrepublik und auch des Auslands erregte, erstritten sich die IG Metall-Mitglieder 1993 zwar einen Stufenplan zur 100-Prozent-Angleichung. Die Löhne und Gehälter in der Metall- und Elektroindustrie sowie im Stahlbereich haben 1996 nominal mit denen im Westen gleichgezogen. Aber noch gilt im Osten eine um drei Stunden längere Arbeitszeit, und es gibt weniger Zulagen. Deshalb liegt das Tarifeinkommen zwar nominal bei 100%, effektiv aber nur bei 82% des Westniveaus. Rechnet man die Einkommensnachteile wegen der längeren Arbeitszeit mit ein, bekommen Ostdeutsche nur 72% vom Westtarif. Diesem dauernden Gefühl der Unsicherheit und der Zweitklassigkeit entziehen sich immer mehr Menschen – von Rostock bis zum Vogtland. Allein 1999, das ist die neueste verfügbare statistische Zahl, zogen 126.000 Sachsen in den Westen oder ins Ausland. Den »Auszug aus dem Osten« führen vor allem gut ausgebildete mobile junge Fachkräfte an. Die ganz Jungen ziehen aus den schlechteren Verdienstmöglichkeiten, gepaart mit einer Arbeits- und Ausbildungsplatzmisere, noch rigorosere Konsequenzen: Sie gehen aus der Heimat weg, um woanders einen Beruf zu lernen, und zwar klassisch und solide in einem richtigen, gesunden Betrieb. 1999 gingen 14.000 Ostdeutsche zur Ausbildung in den Westen – mit einer Finanzspritze des zuständigen Arbeitsamts in der Tasche. Irgendwie kann man verstehen, dass es die jungen Leute in die Ferne zieht, denn das Gute liegt nicht so nah. Der Ausbildungsbereich insgesamt ist nämlich ein echtes Paradoxon geworden, ein Beispiel dafür, wie staatliche Förderprogramme das Gegenteil von dem bewirken können, was beabsichtigt war und was notwendig wäre. Die Unternehmen im Osten nutzen nämlich Fördergelder des Staates, um sich immer mehr aus ihrer Verantwortung für die berufliche Erstausbildung zu stehlen. Diese findet inzwischen überwiegend außerhalb der Betriebe und unter sehr schlechten Bedingungen statt – Monatsbezüge von 400 Mark, die nicht einmal die Hälfte der tariflichen Ausbildungsvergütung bedeuten, sind keine Seltenheit. Tausende Jugendliche werden in wenig sinnvollen Praktika und Berufsgrundbildungsjahren geparkt,

damit sie die Arbeitslosenstatistik nicht belasten. Aber mit einem ordentlichen Ausbildungsplatz versorgt sind sie damit noch lange nicht. Wenn das so weiter geht, blutet der Osten bald völlig aus. Der schon jetzt von der Wirtschaft beklagte Fachkräftemangel wird sich sehr drastisch bemerkbar machen. Nach einer Umfrage der »Leipziger Volkszeitung« Anfang 2001 sehen 73 Prozent der 30- bis 40-Jährigen, also die Elterngeneration der Jugendlichen, die Zukunft ihrer Kinder in den alten Ländern. Von den Jugendlichen selbst rechnet jeder zweite damit, eines Tages die Koffer zu packen. Tun sie es wirklich, wird der Aufholprozess der Ost-Wirtschaft auf Jahre blockiert. Der Aufbau Ost braucht neuen Schwung. Nach wie vor ist er Aufgabe des gesamten Staates. Die neuen Länder haben Anspruch darauf, dass ihr Rückstand an Ausstattung mit Industrie und Infrastruktur gegenüber dem Westen wettgemacht wird. Experten sprechen von 150 Milliarden Euro, die allein für die Angleichung investiert werden müssten. Das klingt gewaltig, ist aber notwendig. Wenn sie die Wahl hätten, würden die Ostdeutschen lieber heute als morgen vom Finanztropf des Westens unabhängig werden. Aber das geht nicht über Nacht, sondern muss durch langfristige Politikkonzepte und Finanzierungszusagen gesichert werden. Die IG Metall hat in einem Beschluss des Vorstands eine »Politik der neuen Ehrlichkeit« gegenüber Ostdeutschland gefordert und zusammengefasst, worauf es in den nächsten Jahren ankommt: Die Arbeitslosigkeit muss drastisch gesenkt werden. Dazu muss vernünftige Arbeitsförderung betrieben und in neue Unternehmen investiert werden, die innovative, wertschöpfungsintensive und zukunftsfähige Produkte von hoher Qualität herstellen. Eine Anschlussregelung zum Solidarpakt über mindestens zwölf Jahre muss für eine verlässliche Finanzierung sorgen. Neue Ansätze in der Industriepolitik müssen die Industrialisierung wieder vorantreiben und die teilweise gravierenden Ost-West-Unterschiede angleichen. Die staatliche Förderung darf nicht länger nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern muss umsteuern in Richtung Innovation der Produktion und Qualifizierung der Beschäftigten und Arbeitssuchenden. Die Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden. Nur so wird eine nachhaltige, selbsttragende Entwicklung der Ökonomie Ostdeutschlands erreicht – auch mit Blick auf die Osterweiterung der Europäischen Union. In der Tarifpolitik haben wir für die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie sowie den Stahlbereich die Angleichung der Arbeitszeit an die westdeutschen Manteltarife auf die Tagesordnung gesetzt. Die Friedenspflicht dafür läuft 2003 aus. Wir wissen schon heute: Wir werden diesen Kampf führen, und wir brauchen dann erneut die Unterstützung der gesamten IG Metall, wir brauchen erneut die Unterstützung von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, die sich wie Rudolf Hickel als ausgewiesene Kapitalismuskritiker nicht allein der reinen Lehre vom Markt verpflichtet fühlen. Bei seinen häufigen Auftritten auf gewerkschaftlichen Foren und Veranstaltungen zur Struktur- oder Tarifpolitik hat sich Rudolf Hickel als Kenner der ostdeutschen Wirtschaft erwiesen. Rudolf Hickel ist prinzipientreu, ohne starrköpfig zu sein. Hinter uns liegen Jahrzehnte gemeinsamer Arbeit, Jahrzehnte des fruchtbaren Streits um den besten Weg, um die besten Argumente, Methoden, Strategien. Rudolf Hickel ist einer der wenigen Wissenschaftler, die nicht nur erklären, warum und wie sich die Welt verändert. Er hilft mit, sie so zu verändern, dass sie sozial gerechter, also besser wird. Der Beweis: Werden ostdeutsche IG Metall-Funktionäre gefragt, welchen Wirtschaftswissenschaftler sie bei der Lösung ernster Probleme hinzuziehen würden, dann hört man durch die Bank auf Anhieb einen Namen: Rudi Hickel.

### Leseprobe 3

Verzeichnis der Schriften Rudolf Hickels 1968 - 2001

Die Herausgeber danken Frau Janneke Göke (RWTH Aachen), die an der Erstellung des Schriftenverzeichnisses maßgeblich mitgewirkt hat. **1. Buchveröffentlichungen** Wissenschaft in der Gesellschaft. Tübinger Streitgespräch zum Politischen Mandat. Dokumentation (hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Tübingen), Tübingen (1968). Voraussetzungen und Inhalt projektorientierter Ökonomieausbildung in Bremen. Eine Materialsammlung (hrsg. mit Barbara Herzbruch), Bremen 1976 Goldscheid, Rudolf/Schumpeter, Joseph, Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen (Hrsg.), Frankfurt a.M. 1976. Krise des Steuerstaates? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien (hrsg. mit Rolf Richard Grauhan), Leviathan Sonderheft 1/78, Opladen 1978. Millionen Arbeitslose! Streitschrift gegen den Rat der Fünf Weisen. Eine Bilanz nach zwanzig Jahren (hrsg. mit Harald Matfeld), Reinbek bei Hamburg 1983. Technologische Arbeitslosigkeit. Ursachen, Folgen, Alternativen, Hamburg 1984 (hrsg. mit Ulrich Briefs/Eberhard Fehrmann u.a.), Hamburg 1984. Ineffiziente Instrumente oder unzureichende Anwendung? Die Finanzpolitik von 1974-1984 auf dem Prüfstand. Argumente für ein Beschäftigungsprogramm (mit Jan Priewe), PIW-Studien Nr. 3, Bremen 1985. Umwelt und Beschäftigung. Nationale und internationale Studien im Überblick – Anhaltspunkte für ein Programm »Arbeit und Umwelt« im Lande Bremen (mit Manfred Gurgsdies), Kooperation Universität Bremen/Arbeitskammer Bremen, Bremen 1986. Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftskrise. Über die Neuordnung ökonomischer Machtverhältnisse (hrsg. mit Heiner Heseler), Hamburg 1986. Radikale Neoklassik. Ein neues Paradigma zur Erklärung der Massenarbeitslosigkeit? – Die Vogt-Kontroverse (Hrsg.), Opladen 1986. Ein neuer Typ der Akkumulation. Anatomie des ökonomischen Strukturwandels – Kritik der Marktorthodoxie, Hamburg 1987. Stadtstaat Bremen im föderalen Finanzsystem: Ursachen der Finanzkrise – Neuordnungsvorschläge zum Länderfinanzausgleich (mit Bernhard Roth / Axel Troost), Kooperation Universität – Arbeiterkammer Bremen, Bremen 1988. Einrichtung und Finanzierung einer Integrierten Bremer-Umwelt-Beratung (IBUB). Gutachten im Auftrag der Senatorin für Umweltschutz und Stadtentwicklung (Forschungsprojekt »Arbeit und Umwelt« im Kooperationsbereich Arbeiterkammer / Universität) (mit

Manfred Gurgsdies), Bremen 1989. Finanzpolitik für Arbeit und Umwelt – Zur Kritik der Angebotslehre und Globalsteuerung (mit Jan Prieue), Köln 1989. Zur Deregulierung des Arbeitsmarkts – Pro und Contra (mit Werner Dichmann) (Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik der deutschen Wirtschaft 7/1989), Köln 1989. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung der Wirtschaft (mit Jan Prieue), PIW-Studien Nr. 5, Bremen 1990. Der maritime Sektor im Umbruch – Wirtschaftsstrukturelle und beschäftigungspolitische Vorschläge für Rostock (mit Heiner Heseler), PIW-Studien Nr. 6, Bremen 1990. Das Land Bremen in Deutschland und Europa. Argumente und Konzepte für die Zukunft (mit Volker Kröning / Hartmut Müller / Hans-Helmut Euler / Andreas Fuchs), Bremen 1991. Truppenabzug ohne Arbeitslosigkeit. Risiken und Alternativen des Abbaus ziviler Arbeitskräfte bei den Stationierungstreitkräften in Bremerhaven (mit Joachim Eisbach / Heiner Heseler / Werner Voss), Bremen 1991. Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung (mit Jan Prieue), Frankfurt a.M. 1991. Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik (hrsg. mit Eckhard Startmann-Mertens / Jan Prieue), Frankfurt a.M. 1991. Truppenabzug ohne Arbeitslosigkeit. Risiken und Alternativen des Abbaus ziviler Arbeitsplätze bei den Stationierungstreitkräften in Bremerhaven (mit Joachim Eisbach / Heiner Heseler / Werner Voss), ÖTV / Kooperation Universität – Arbeiterkammer Bremen, Bremen 1991. Regionalökonomische Folgen des Abzugs der US-Army aus Bremerhaven: Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Aufgaben der Standortkonversion von der militärischen zur zivilen Nutzung, PIW-Studie, Bremen 1992. Umverteilen. Schritte zur sozialen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands (hrsg. mit Ernst-Ulrich Huster / Heribert Kohl), Köln 1993. Die Beschäftigungswirkungen eines Ausstiegs aus der Atomenergienutzung in Verbindung mit einer ökologisch orientierten Energiewirtschaft (mit Hans-Peter Speiser), PIW-Studie, Bremen 1994. Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung (mit Jan Prieue), Frankfurt a.M. 1994. Was geschieht denn nun wirklich in den fünf neuen Bundesländern, Herr Späth? (Mengler Kamingespräche 17) (mit Lothar Späth), Darmstadt 1996. Arbeit und Arbeitslosigkeit – die gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Tagungsband zum Kongress vom 30. und 31. März 1995 in Bremen (Kooperation Universität – Arbeiterkammer Bremen) (hrsg. mit Hermann Holzhüter / Thomas Kieselbach), Bremen 1997. Tarifliche Lohnpolitik unter Nutzung der Härtefallregelung: Ergebnisse einer Untersuchung zur Praxis der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie (mit Wilfried Kurtzke), Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 67, Köln 1997. Sozialstaat und neoliberale Hegemonie – Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie (hrsg. mit Christoph Butterwegge / Ralf Ptak), Berlin 1998. Bremens Selbständigkeit: Bedrohung – Herausforderung – Chance (hrsg. mit Heiner Heseler / Rolf Prigge), Bremen (1998). Standort-Wahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg 1998. Politik des Kapitals – heute. Festschrift zum 60. Geburtstag von Jörg Huffschild (hrsg. mit Klaus-Peter Kisker / Harald Mattfeld / Axel Troost), Hamburg 2000. Brauchen wir eine andere Wirtschaft? (hrsg. mit Frank Strickstock), Reinbek bei Hamburg 2001. Die Risikospirale. Was bleibt von der New Economy, Frankfurt a.M. 2001. **2. Aufsätze in Sammelbänden und Zeitschriften** Leseanleitung zu den Marx'schen Reproduktionsschemata, in: Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band II: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals. Herausgegeben von Friedrich Engels, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1976, S. 490-511. Zur Interpretation der Marx'schen Reproduktionsschemata, in: Mehrwert, Nr. 2 (1973), Berlin 1973, S. 33-109. Orientierung ohne Perspektive. Anmerkungen zum zweiten Orientierungsrahmen der SPD (mit Günter Schmiege), in: Leviathan, 3. Jg., Nr. 2 (1975), S. 170-206. Kapitalfraktionen. Thesen zur Analyse der herrschenden Klasse, in: Kursbuch, Nr. 42 (1975), S. 141-152. Krise des Mittelstands – Mittelstandspolitik in der Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 21. Jg., Nr. 10 (1976), S. 1163-1181. Stichworte zu: Praxisrelevanz der aktuellen ökonomischen Theoriebildung – eine Kritik ökonomischer Denkformen, in: Herzbruch, Barbara / Hickel, Rudolf (Hrsg.), Voraussetzungen und Inhalt projektorientierter Ökonomieausbildung in Bremen. Eine Materialsammlung, Bremen 1976, S. 122-126. Stichworte zu: Das wirtschaftswissenschaftliche Studium in der BRD zwischen Restauration und Reform, in: Herzbruch, Barbara / Hickel, Rudolf (Hrsg.), Voraussetzungen und Inhalt projektorientierter Ökonomieausbildung in Bremen. Eine Materialsammlung, Bremen 1976, S. 241-244. Einleitung: Krisenprobleme des »verschuldeten Steuerstaats«, in: Goldscheid, Rudolf / Schumpeter, Joseph, Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, hrsg. von Rudolf Hickel, Frankfurt a.M. 1976, S. 7-39. Die Sünden der Weisen, in: Der Volks- und Betriebswirt, Nr. 1 (1978), S. 16f. Krise des Steuerstaats? – Widersprüche, Ausweichstrategien, Perspektiven staatlicher Politik, in: Grauhan, Rolf Richard / Hickel, Rudolf (Hrsg.), Krise des Steuerstaates? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien, Leviathan Sonderheft 1/78, Opladen 1978, S. 7-33. Ökonomische Stabilisierungspolitik in der Krise. Ursachen und Ausweichparadoxien, in: Grauhan, Rolf Richard / Hickel, Rudolf (Hrsg.), Krise des Steuerstaates? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien, Leviathan Sonderheft 1/78, Opladen 1978, S. 92-130. Die theoretischen Grundlagen des Memorandums. Eine Auseinandersetzung mit der Kritik Hajo Rieses, in: Alternative Wirtschaftspolitik. Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion (Argument-Sonderband 35), Berlin 1979, S. 47-69. Der gespaltene Konjunkturaufschwung – und was danach?, in: Die Neue Gesellschaft, (1979), S. 540-543. Die Demokratisierung des Unternehmens – Die neomarxistische Konzeption, in: Internationale Stiftung Humanum (Hrsg.), Neomarxismus und Pluralistische Wirtschaftsordnung, Bonn 1979, S. 150-179. Die Lehre vom Geld – neu betrachtet, in: Diehl, Karl / Mombert, Paul (Hrsg.), Vom Gelde. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der Politischen Ökonomie, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1979, S. VII-LX. Kapital und Kapitalismus – neu betrachtet, in: Diehl, Karl / Mombert, Paul (Hrsg.), Kapital und Kapitalismus. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der Politischen



Ökonomie, Frankfurt a.M. 1979, S. V-XL. Konjunktur und Krise – neu betrachtet, in: Diehl, Karl / Mombert, Paul (Hrsg.), Wirtschaftskrisen. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, Frankfurt a.M. 1979, S. V-CXLV. Valuta und Währung – neu betrachtet, in: Diehl, Karl / Mombert, Paul (Hrsg.), Valuta und Währung. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der Politischen Ökonomie, Frankfurt a.M. 1979, S. V-LXVII. Notwendigkeit und Möglichkeiten »Alternativer Wirtschaftspolitik«. Zur Begründung der »Memoranden«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 31. Jg., Nr. 2 (1980), S. 116-130. Alternativen zur Wirtschaftspolitik in der BRD, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 3 (1980), S. 305-319. Keynes(ian)sche Makroökonomik in der innerwissenschaftlichen Kontroverse – Forschungsstrategische Folgerungen, in: WSI Mitteilungen, 33. Jg., Nr. 10 (1980), S. 604-613. Notwendigkeiten und Grenzen der Staatsverschuldung – Eine Neubetrachtung, in: Diehl, Karl / Mombert, Paul (Hrsg.), Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie. Das Staatsschuldenproblem, Frankfurt a.M./Berlin 1980, S. V-CLVIII. »Gegengutachten« – Anstoß und konzeptionelle Entwicklung einer wirtschaftspolitischen Alternative, in: Simmert, Diethard B. (Hrsg.), Wirtschaftspolitik – kontrovers, Köln 1980, S. 129-157. Staatsverschuldung aus der Perspektive der wissenschaftlichen Theoriebildung und Politikberatung, in: Staatsverschuldung: Vom Reizwort zur Sache, Loccumer Protokolle, Nr. 9 (1981), S. 85-112. Anmerkungen »Zur Diskussion um die Staatsverschuldung« im WSI-Konjunkturbericht 1980, in: WSI Mitteilungen, 34. Jg., Nr. 1 (1981), S. 57ff. Reagans »amerikanischer Traum« – ein Alptraum für Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 26. Jg., Nr. 3 (1981), S. 286-300. »Haushaltsoperation '82«. Politisch-ökonomische Hintergründe, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 26. Jg., Nr. 9 (1981), S. 1062-1078. Zum Ideologiegehalt der Staatsverschuldungsdebatte – Ein theoriegeschichtlicher Abriss, in: Simmel, Diethard B. (Hrsg.), Staatsverschuldung kontrovers, Köln 1981, S. 137-171. Vorrang für Vollbeschäftigung. Vorschläge zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms (mit Michael Deitmer), in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 33. Jg., Nr. 1 (1982), S. 50-64. Strategieprobleme alternativer Wirtschaftspolitik (mit Michael Ernst-Pörksen), in: Prokla, 12. Jg., Nr. 2 (1982), S. 145-156. Warum Reagans Wirtschaftskurs scheitern muß. Darstellung und Kritik der »Angebotsstrategie«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 27. Jg., Nr. 7 (1982), S. 829-840. Plädoyer für eine alternative Wirtschaftsordnung – Ausgangspunkt, Grundlagen, Perspektiven, in: Rauscher, Anton (Hrsg.), Alternative Ökonomie?, Köln 1982, S. 60-122. Grundsätze der Besteuerung – Eine politisch-ökonomische Neubetrachtung, in: Diehl, Karl / Mombert, Paul (Hrsg.), Grundsätze der Besteuerung. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie, Frankfurt a.M. 1982, S. IX-LXXXI. Finanzpolitik in der Krise – Anforderungen an die Haushaltspolitik im Lande Bremen, in: Berichte aus dem Projekt »Arbeitsmarkt Bremen« (Mitteilungsblatt der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung »Arbeit und Betrieb« Nr. 5), Bremen 1982, S. 44-63. Interview mit John Maynard Keynes. Über das Verhältnis von Theorie und Praxis in der zeitgenössischen Politischen Ökonomie, in: Leviathan, 11. Jg., Nr. 3 (1983), S. 413-421 (erneut abgedruckt in: von Greiff, Bodo / Koch, Claus / König, Helmut (Hrsg.), Der Leviathan in unserer Zeit, Opladen/Wiesbaden 1997, S. 129-137). Es gibt eine Alternative. Plädoyer für eine andere Wirtschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 28. Jg., Nr. 4 (1983), S. 527-542. <pkreislaufökonomik> Der Höhenflug des Dollars und die Hintergründe. Zinssatz und Dollarkurs als Mittel zur Finanzierung von Aufrüstung und Haushaltsdefizit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 28. Jg., Nr. 9 (1983), S. 1256-1265. 35 Stunden sind genug, in: Sozialismus, Nr. 10 (1983), S. 52-59. Review of R.A. Musgrave's Paper. The Rationale for Transfer Systems: Alternative Paradigms, in: Public transfers and some private alternatives during the recession. Papers presented at an International Scientific Conference of the DFG 1980 in Augsburg, Bd. 2, Berlin 1983, S. 76-98. Die »Fünf Weisen« in der Krise – 20 Jahre Rat der Ratlosen? (mit Harald Mattfeldt), in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 34. Jg., Nr. 11 (1983), S. 699-713. Zu drei Zusammenhängen, die für die Diskussion einer Politik der Arbeitszeitverkürzung relevant sind, in: Memo-Forum, Nr. 1 (1983), S. 4-15. Arbeitszeitverkürzung, voller Lohnausgleich und Lohnquote, in: Memo-Forum, Nr. 2 (1983), S. 32ff. 20 Jahre Sachverständigenrat – der teure Rat der Ratlosen? (mit Harald Mattfeldt), in: Hickel, Rudolf / Mattfeld, Harald (Hrsg.), Millionen Arbeitslose! Streitschrift gegen den Rat der Fünf Weisen. Eine Bilanz nach zwanzig Jahren, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 18-34. Argumente für eine Politik der Arbeitszeitverkürzung mit produktivitätsorientiertem Lohnausgleich, in: Wege aus der Wirtschaftskrise. Kurzfassung der Referate von Prof. Hickel, Dr. Kühlewind, Dr. Seidler, Prof. Walter (Tutzing Materialien Nr. 01/1983), Tutzing 1983. Vorwort, in: Ernst-Pörksen, Michael: Staatsschuldentheorien. Vom Merkantilismus bis zur gegenwärtigen Kontroverse um Funktion und Wirkungsweise der Staatsverschuldung, Berlin 1983, S. VIIff. Wer soll das bezahlen?, in: Bolle, Michael/Grottian, Peter (Hrsg.), Arbeit schaffen – jetzt!, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 49-69. Ökonomische Ursachen- und Politikprobleme der Massenarbeitslosigkeit, in: Hoffmann, Jürgen (Hrsg.), Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression. Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1983, S. 55-88. Zur ökonomischen Erklärung der Arbeitslosigkeit – Der Ansatz der »Memorandumgruppe«, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium (SOWI), 13. Jg., Nr. 1 (1984), S. 23-32. Lassen sich Verursachung und Überwindung der Massenarbeitslosigkeit innerhalb der Neoklassik mit Vogt-Ausstattung erklären?, in: Leviathan, 12. Jg., Nr. 1 (1984), S. 111-136 (erneut abgedruckt in: Hickel, Rudolf (Hrsg.), Radikale Neoklassik. Ein neues Paradigma zur Erklärung der Massenarbeitslosigkeit? – Die Vogt-Kontroverse, Opladen 1986, S. 43-68). »Krise des Steuerstaates« – Schumpeters Beitrag zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen – Ein Nachtrag zum hundertsten Geburtstag von J.A. Schumpeter 1983, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 10. Jg., Nr. 3 (1984), S. 401-422. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Krise, in: Frankfurter Hefte, 39. Jg., Nr. 5 (1984), S. 53-64.

Technologische Arbeitslosigkeit. Keine Frage der Technik. Zum Einfluß »neuer Technologien« auf die Beschäftigungs- und Wirtschaftskrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 29. Jg., Nr. 10 (1984), S. 1190-1206. Gewinne in Sachinvestitionen der Unternehmen im Lichte neuerer empirischer Informationen (mit Gerd Brosius), in: Memo-Forum, Nr. 2 (1984), S. 18-31. Arbeitszeitverkürzung, voller Lohnausgleich und Lohnquote. Ein Nachtrag zum gleichnamigen Beitrag im Memo-Forum 1, in: Memo-Forum, Nr. 2 (1984), S. 32ff. Ursachen, Prognose und Therapie der Arbeitsplatzvernichtung. Thesen und Materialien zur Gefahr einer »Technologischen Arbeitslosigkeit«, in: Briefs, Ulrich / Fehrmann, Eberhard / Hickel, Rudolf u.a. (Hrsg.), Technologische Arbeitslosigkeit. Ursachen, Folgen, Alternativen, Hamburg 1984, S. 51-94. Sozialpolitik in Geschichte, Theorie und Praxis, in: Diehl, Karl / Mombert, Paul (Hrsg.), Sozialpolitik. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der Politischen Ökonomie, Frankfurt a.M. 1984, S. V-LV. Das »Steuersenkungsgesetz« der Bundesregierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 30. Jg., Nr. 5 (1985), S. 596-613. Technologische Arbeitslosigkeit – gibt's die? in: Memo-Forum, Nr. 5 (1985), S. 20-34. Programmvielfalt als Voraussetzung nachfrageorientierter Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in: Buttler, Friedrich / Kühl, Jürgen / Rahmann, Bernd (Hrsg.), Staat und Beschäftigung. Angebots- und Nachfragepolitik in Theorie und Praxis (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 88), Nürnberg 1985, S. 337-382. Nur mit Beschäftigungsprogrammen ist der Arbeitslosigkeit beizukommen. Qualitatives Wachstum durch aktive Arbeitsmarktpolitik (mit Jan Prieue), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 31. Jg., Nr. 3 (1986), S. 325-339. Plädoyer für eine beschäftigungsorientierte Steuerpolitik – Kritik der Pläne weiterer Steuerentlastungen für die Wirtschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 37. Jg., Nr. 8 (1986), S. 449-462. »Die Wende vollenden.« Zehn Thesen des BDI zur marktradikalen Wirtschaftspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 31. Jg., Nr. 12 (1986), S. 1412-1416. Die Finanzpolitik seit 1974 auf dem Prüfstand. Argumente für ein umweltorientiertes Langzeit-Beschäftigungsprogramm (mit Jan Prieue), in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 36 (1986), S. 3-15. 10 Jahre Memorandum – Kernaussagen und Weiterentwicklung der Positionen, in: Memo-Forum. Sonderheft Nr. 2 (1986), S. 12-33. Alternativen zur kapitalorientierten Wirtschaftspolitik, in: Prokla, SPW, Sozialismus, Memorandum, IMSF, Kontroversen zur Krisentheorie. Überakkumulation, Verschuldung, Nachfragepolitik und Alternativen, Hamburg 1986, S. 157-167. Wirtschaftskrise, Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung (mit Heiner Heseler), in: Heseler, Heiner / Hickel, Rudolf (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie gegen Wirtschaftskrise. Über die Neuordnung ökonomischer Machtverhältnisse, Hamburg 1986, S. 7-41. Ökologisch-industrieller Komplex 2000. Alternativen zur neoklassischen Lehre von den Umweltzertifikaten, in: Altvater, Elmar / Hickel, Erika / Hoffmann, Jürgen u.a. (Hrsg.), Markt, Mensch, Natur. Zur Vermarktung von Arbeit und Umwelt, Hamburg 1986, S. 11-29. Zwischen Wahlkampf und Zukunftsaufgaben – Stellungnahmen zur politischen Agenda der 90er Jahre, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 32. Jg., Nr. 1 (1987), S. 44-50. Technologische Arbeitslosigkeit oder langfristiger Aufschwung? Arbeitsplatzeffekte der Rationalisierung, in: WSI Mitteilungen, 40. Jg., Nr. 6 (1987), S. 327-337. »Marköffnung«: Die Umstrukturierungspläne bei der Bundespost, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 32. Jg., Nr. 7-8 (1987), S. 1172-1183. Wirtschaften ohne Naturzerstörung: Strategien einer ökologisch-ökonomischen Strukturpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 29 (1987), S. 43-54. Ökologischer Umbau der Wirtschaft – Strategien einer neuen Strukturpolitik, in: Memo-Forum, Nr. 11 (1987), S. 43-77. Ist die Finanzkrise in Bremen hausgemacht? (mit Bernhard Roth / Axel Troost), in: Kooperation Universität – Arbeiterkammer Bremen (Hrsg.): Stadtstaat im Umbruch. Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Finanzen in Bremen, Hamburg 1987, S. 160-187. Zum Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als städtische Einnahmequelle – Erfahrungen und Reformvorschläge, in: Der Städtetag, 41. Jg., Nr. 5 (1988), S. 327-330. Steuerpolitik 1990. Fortsetzung der Einkommenspolarisierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 39. Jg., Nr. 7 (1988), S. 398-409. »Entfesselung der Marktkräfte«, in: VL-Info, Nr. 47 (1988), S. 8. In das Jahr 1988 mit unzutreffenden Prognosen: Stärkeres Wirtschaftswachstum bei steigender Arbeitslosigkeit, in: Memo-Forum, Nr. 13 (1988), S. 31-35. Deregulierung der Arbeitsmärkte: Grundlagen, Wirkungen und Kritik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 40. Jg., Nr. 2 (1989), S. 85-96. Arbeitsmarkt ist keine Aktienbörse, in: Der Gewerkschafter, Nr. 6 (1989). Grauzonen der Besteuerung, Zur Abschaffung der Quellensteuer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 34. Jg., Nr. 7 (1989), S. 868-874. Zwischenbilanz zum europäischen Währungssystem (EWS) – Funktionsweise, Wirkungen und Weiterentwicklung aus der Sicht des »Delors-Berichts«, in: WSI Mitteilungen, 42. Jg., Nr. 10 (1989), S. 595-605. Öko-Steuern: Steuern mit Steuern allein reicht nicht. Thesen zur ökologischen Lenkung mit öffentlichen Abgaben, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 40. Jg., Nr. 11 (1989), S. 664-672. Stellungnahme zur Abschaffung der »Quellensteuer« im Rahmen einer Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages am 31. Mai 1989, in: Memo-Forum, Nr. 14 (1989), S. 10-16. Grundzüge einer ökonomisch und sozial stabilen Arbeitsmarktverfassung und Kritik aktueller Vorschläge zur Deregulierung des Arbeitsmarktes, in: Dichmann, Werner / Hickel, Rudolf, Zur Deregulierung des Arbeitsmarktes – Pro und Contra (Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik der deutschen Wirtschaft 7/1989), Köln 1989, S. 7-28. Wirtschaften ohne Naturzerstörung – Strategien einer ökologisch-ökonomischen Strukturpolitik, in: Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1988, Bonn 1989, S. 3-19. Kritischer Kommentar zu Senghaas, in: Leviathan, 18. Jg., Nr. 2 (1990), S. 205-210. Die Währungsunion: Sozial-ökonomisch schädlicher Einstieg in die Sanierung der DDR-Wirtschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 41. Jg., Nr. 3 (1990), S. 141-151. Schwerpunkte und Instrumente eines Sofortprogramms, in: Wirtschaftsdienst, 70. Jg., Nr. 3 (1990), S. 121-125. »Wirtschaftswunder« durch Ausverkauf

oder sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie? Denkanstöße zum DDR-Umbau, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35. Jg., Nr. 3 (1990), S. 331-341. Total flexible Arbeitswelt. Deregulierung – das Zukunftsprojekt der Unternehmer, in: Der Gewerkschafter, Nr. 4 (1990), S. 30-32. Lohnforderungen eingeschränkt. Zur Rolle der deutschen Bundesbank, in: Der Gewerkschafter, Nr. 5 (1990), S. 45-47. Doppel-Integration. Der DM-Imperialismus zwischen Währungsunion und EG-Binnenmarkt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35. Jg., Nr. 7 (1990), S. 794-804. <pviel> Instrumente zur Finanzierung eines »Zukunftsprogramms deutsche Integration«. Plädoyer für eine Anleihe mit Zeichnungspflicht, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 37. Jg., Nr. 11 (1990), S. 994-999. Das »Stabilitätsgesetz« – Kritik und Alternativen. Plädoyer für ein »Gesetz zur Sicherung einer umwelt- und sozialverträglichen Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung« (mit Jan Prieue), in: Memo-Forum, Bd. 15 (1990), S. 19-31. Folgen des D-Mark-Imports in der DDR. Sozial-ökonomische und ökologische Anforderungen an die deutsche Integration, in: Hemmer, Hans O. / Stolt, Frank D. (Hrsg.), Gleichheit, Freiheit, Solidarität: Für ein »Zusammenwachsen« in gemeinsamer Verantwortlichkeit, Köln 1990, S. 60-83. Ökonomische Steuerungsinstrumente zum ökologieorientierten Umbau der Wirtschaft, in: Memo-Forum, Sonderband 1: Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik, Bremen 1990, S. 299-317. Anleihe zur Finanzierung der Kosten der ökonomischen Sanierung des Wirtschaftsgebiets der ehemaligen DDR (Dokumentation), in: WSI Mitteilungen, 44. Jg., Nr. 1 (1991), S. 54f. Die Soziale Marktwirtschaft – ein Mythos, in: Gewerkschaftliche Praxis, Nr. 3 (1991), S. 2-7. Föderalismus zum Nulltarif? Die öffentliche Armut in den neuen Bundesländern als Entwicklungsbremse, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg., Nr. 4 (1991), S. 425-438. Die West-Wirtschaft strotzt vor Kraft. Eine Zwischenbilanz des Aufbauprogramms für Ostdeutschland, in: Die Quelle, Nr. 5 (1991), S. 28-29. Befreite Arbeitsmärkte. Zum Endbericht der »Deregulierungskommission«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg., Nr. 6 (1991), S. 708-716. Ökologisch-soziale Alternativen zum »Stabilitätsgesetz« (mit Jan Prieue), in: WSI Mitteilungen, 44. Jg., Nr. 6 (1991), S. 346-355. Transformationsstrategie für den sozial-ökonomischen Aufbau Ostdeutschlands, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 42. Jg., Nr. 9 (1991), S. 579-586. Sowjetunion im Umbau: Grundlinien einer Wirtschafts- und Währungsunion der bisherigen Sowjetrepubliken, in: Memo-Forum, Nr. 18 (1991), S. 83-87. Deregulierung der Arbeitsmärkte: zurück in den technomodernen Manchester-Kapitalismus?, in: Memo-Forum, Nr. 18 (1991), S. 88-92. Aufstieg und Fall des »Stabilitätsgesetzes«. Notwendigkeit einer Alternative (mit Jan Prieue), in: Stratmann-Mertens, Eckhard / Hickel, Rudolf / Prieue, Jan (Hrsg.), Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse um eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt a.M. 1991, S. 33-62. Konjunkturpolitik und ökologischer Umbau, in: Stratmann-Mertens, Eckhard / Hickel, Rudolf / Prieue, Jan (Hrsg.), Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse um eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt a.M. 1991, S. 201-223. Städtestaat – Zwei Städte – Länderverbund? Szenarien zur künftigen Entwicklung der Freien Hansestadt Bremen im geeinten Deutschland innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, in: Kröning, Volker / Müller, Hartmut / Euler, Hans-Helmut / Hickel, Rudolf / Fuchs, Andreas, Das Land Bremen in Deutschland und Europa. Argumente und Konzepte für die Zukunft, Bremen 1991, S. 44-67. Der Preis der Einheit. Wirtschafts- und finanzpolitische Alternativen, in: Schulz, Werner / Volmer, Ludger (Hrsg.), Entwickeln statt abwickeln. Wirtschaftspolitische und ökologische Umbau-Konzepte für die fünf neuen Länder, Berlin 1992, S. 201-215. Ökonomischer Umbau und gesellschaftliche Gestaltung Ostdeutschlands. Bestandsaufnahme, Handlungsbedarf, Perspektiven, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 37. Jg., Nr. 4 (1992), S. 444-452. Programm zur Finanzierung der deutschen Einheit, in: Wirtschaftsdienst, 72. Jg., Nr. 7 (1992), S. 339-342. Föderaler Finanzausgleich im vereinten Deutschland nach 1995. Eine Problemskizze, in: WSI Mitteilungen, 45. Jg., Nr. 9 (1992), S. 563-576. Programm EG '99: Ziele und Stufen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Materialien zur kritischen Bewertung der Maastrichter Beschlüsse, in: Memo-Forum, Nr. 19 (1992), S. 76-106. Ökonomische und finanzpolitische Strategien zum Um- und Aufbau des sozial-ökologischen Produktionsstandorts Ostdeutschland, in: Schikora, Andreas / Fiedler, Angela / Hein, Eckhard (Hrsg.), Politische Ökonomie im Wandel. Festschrift für Klaus Peter Kisker, Marburg 1992, S. 37-54. Wirtschaft 1992, in: Kittner, Michael (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1993. Daten-Fakten-Analysen, Köln 1993, S. 196-260. Transforming the East German Economy. Economic and Financial Policy under the Régime of German Unification, in: Debatte, Nr. 1 (1993), S. 65-84. Grundlinien zu einem Gesetz über die Investitionshilfe von der westdeutschen gewerblichen Wirtschaft zur Sanierung der ostdeutschen Wirtschaft, in: WSI Mitteilungen, 46. Jg., Nr. 5 (1993), S. 325-327. Haushaltskonsolidierung statt Umbaukonzept. Soziale und ökonomische Risiken der Finanzpolitik im Solidaripakt '95, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 38. Jg., Nr. 5 (1993), S. 569-579. Das Tarifsystem steht zur Disposition (Gespräch mit Rudolf Hickel über die Kündigung des Tarifvertrages für das Metallgewerbe durch die Arbeitgeber und die Möglichkeiten einer gewerkschaftlichen Gegenstrategie), in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 44. Jg., Nr. 10 (1993), S. 593-600. Die arbeitslose Republik. Oder: Mit der Vier-Tage-Woche auf den Weg zum Niedriglohnland? (Streitgespräch mit Meinhard Miegel), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 38. Jg., Nr. 12 (1993), S. 1446-1459. Joan Robinson – Mit der Kritik der Marktorthodoxie weit über Keynes hinaus, in: Memo-Forum, Nr. 20 (1993), S. 78-88. Mutiger Beitrag (Kommentar), in: Der Gewerkschafter, Nr. 3 (1994), S. 3. Jetzt ist die Fiskal- und Geldpolitik gefordert, in: Wirtschaftsdienst, 74. Jg., Nr. 4 (1994), S. 163-167. Die Sache mit dem Aufschwung. Irrwege und Konsequenzen einer Kontroverse im Wahljahr, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 39. Jg., Nr. 11 (1994), S. 1303-1313. Joan Violet Robinson – Genie im Männerzirkus, in: Die Zeit (Hrsg.), Die großen Ökonomen. Leben und Werk der wirtschaftswissenschaftlichen Vordenker, Stuttgart 1994

(2. Aufl. 1996), S. 176-181. Wider die Gefahren geldpolitischen Machtmißbrauchs: Autonomie und/oder Demokratisierung der Deutschen Bundesbank?, in: Memo-Forum, Nr. 21 (1994), S. 19-22. Die finanzpolitischen Orientierungen im Entwurf des SPD-Programms: Zwischen Gestaltungsanspruch und Restriktion, in: Scherer, Klaus-Jürgen / Tiemann, Heinrich (Hrsg.), Wechsel '94. Das Regierungsprogramm der SPD: Stellungnahmen aus der Wissenschaft, Berlin 1994, S. 148-158. Mutige Tarifpolitik erstreitet Arbeitszeitverkürzung – jetzt muß die Politik ihren Beitrag leisten, in: Peters, J. (Hrsg.), Modellwechsel. Die IG Metall und die Viertageweche bei VW, Göttingen 1994, S. 99-110. Thesen zur zyklischen Debatte über die mittelfristigen Entwicklungsprobleme des Wirtschaftsstandorts Deutschland, in: Kantzenbach, Erhard / Mayer, Otto G. (Hrsg.), Deutschland im internationalen Standortwettbewerb, Baden-Baden 1994/95, S. 183-191. Der »Waigel-Buckel«. Zur Kontroverse über die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40. Jg., Nr. 3 (1995), S. 369-372. Perspektiven der Europäischen Währungsunion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40. Jg., Nr. 7 (1995), S. 883-886. Wuchs zusammen, was zusammengehört? Langfristige Transformation jenseits eines sich selbst tragenden Aufschwungs, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 46. Jg., Nr. 9 (1995), S. 521-534. Ökosteuer – keine Wunderwaffe, in: Umwelt, 25. Jg., Nr. 10 (1995), S. 418-419. Die Euro-Währung. Notwendigkeit, illusionärer Zeitplan, Umstellungsrisiken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40. Jg., Nr. 12 (1995), S. 1470-1481. Das Gesetz von 1963 ist antiquiert, in: Schlecht, Otto / van Suntum, Ulrich (Hrsg.): 30 Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Krefeld 1995, S. 108-113. Industriepolitische Strategien für den »Standort Deutschland«, in: Neue Industriepolitik im gesellschaftlichen Konsens? (Graue Reihe / Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 98), Düsseldorf 1995, S. 24-30. Arbeit für die Umwelt – Beschäftigungswirkungen des ökologischen Umbaus am Beispiel eines nachhaltigen Energiepfads, in: Gödde, Michael / Robinet, Karin (Hrsg.), Die Notwendigkeit des Umweltschutzes unter ökonomischen Gesichtspunkten (Schriftenreihe des IÖW; 85/95), Berlin / Bremerhaven 1995, S. 43-54. Arbeitsloses Wirtschaftswachstum. Ansatzpunkte zum Abbau der Arbeitsplatzlücke, in: Belitz, Wolfgang (Hrsg.), Wege aus der Arbeitslosigkeit, Reinbek b. Hamburg 1995, S. 46-65. Internationalisierte Produktion und globalisierte Finanzmärkte. Das Kapital kennt keine Grenzen, in: Gewerkschaftliche Praxis, Nr. 1-2 (1996), S. 4-7. Zum Tode von Gerhard Kade (mit Jörg Huffschild), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., Nr. 2 (1996), S. 157-159. <zwischen> Schnelles Ende der Spitzengespräche. Mangelnde Konsensfähigkeit bei der Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 47. Jg., Nr. 6 (1996), S. 371-383. Vom falschen Umgang mit Haushaltslöchern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., Nr. 7 (1996), S. 864f. Staatliche Reichtumpflege. Der Entwurf zum Jahressteuergesetz '97, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., Nr. 8 (1996), S. 928-936. Internationalisierung der Produktion und Globalisierung der Finanzmärkte – Folgen für Arbeit und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 47. Jg., Nr. 11-12 (1996), S. 707-714. Bremer Finanzen. Problem der Sanierungsstrategie, in: Petrowsky, Werner/Sörgel, Angelina (Hrsg.), Zwischen Suburbanisierung und Massenarbeitslosigkeit: Selbständigkeit Bremens, Bremen 1996, S. 101-109. Arbeitslosigkeit: Ökonomische und politische Ansätze zum Abbau der Arbeitsplatzlücke, in: Bremer Gesellschaft für Wirtschaftsforschung e.V. (Hrsg.), Massenarbeitslosigkeit durch Politikversagen? Diskussionsbeiträge, Frankfurt a.M. 1996, S. 29-49. Internationalisierung der Produktion und Globalisierung der Finanzmärkte: Folgen für die Kapitalismusanalyse, in: Binus u.a., Internationalisierung – Finanzkapital – Maastricht II, Frankfurt a.M. 1996, S. 9-19. Wirtschafts- und finanzpolitische Strategien zur Verbesserung der Beschäftigungslage (mit Ludwig Bußmann / Herbert Ehrenberg / Alois Oberhauser / Dieter Vesper / Klaus WieseHügel), in: WSI Mitteilungen, 50. Jg., Nr. 1 (1997), S. 65-68. Tarifliche Lohnpolitik unter Nutzung der Härtefallregelung. Ergebnisse einer Untersuchung zur Praxis in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie (mit Wilfried Kurtzke), in: WSI Mitteilungen, 50. Jg., Nr. 2 (1997), S. 98-111. Mehr durch weniger? Be- und Entlastung in Waigels Steuerreformkonzept, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 42. Jg., Nr. 3 (1997), S. 300-312. »Euro à la Française?« Ein »Blätter«-Streitgespräch zwischen Rudolf Hickel und Norbert Walter, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 42. Jg., Nr. 7 (1997), S. 800-810. Verräterische Sorgen. Unter welchen Bedingungen die Europäische Währungsunion wirklich gefährdet ist, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 42. Jg., Nr. 11 (1997), S. 1313-1322. Ökologischer Umbau, Wachstumsschwäche und Verteilungskonflikte, in: Blazejczak, Jürgen, Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum: Ergebnisse eines Workshops des DIW im Auftrag von Greenpeace Deutschland, Berlin 1998, S. 61-67. Die Angebotspolitik ist gescheitert: Umverteilung ohne Jobeffekte, in: Bischoff, Joachim / Deppe, Frank / Kisker, Klaus Peter (Hrsg.), Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde, Hamburg 1998, S. 92-105. Der Flächentarifvertrag als verteilungs- und beschäftigungspolitisches Instrument (mit Werner Dichmann), in: IW-Gewerkschaftsreport, 32. Jg., Nr. 1 (1998), S. 23-35. Gespaltene Wirtschaftspolitik. Die Neoliberale Angebotspolitik ist gescheitert, in: Vorgänge, 37. Jg., Nr. 2 (1998), S. 70-79. Antiliberaler Wirtschaft. Der Graben zwischen arm und reich wird immer breiter, in: Evangelische Kommentare, 31. Jg., Nr. 3 (1998), S. 133ff. Bilanz eines Scheiterns: Angebotspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 49. Jg., Nr. 3 (1998), S. 180-192. Ökosteuer – jetzt erst recht, in: Sozialismus, Nr. 7-8 (1998), S. 4-5. Eröffnungsbilanz nach Kohl, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43. Jg., Nr. 8 (1998) S. 903-907. Fiskalpolitik, Staatshaushalt und Strukturreform. Anmerkungen zur chaotischen Debatte über die Zukunft des öffentlichen Sektors, in: Büscher, Martin (Hrsg.), Markt als Schicksal? Zur Kritik und Überwindung neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bochum 1998, S. 151-159. Bundesland Bremen in existenzbedrohender Finanzkrise: Kann der Zweistädtestaat noch gerettet werden?, in:

Heseler, Heiner / Hickel, Rudolf / Prigge, Rolf (Hrsg.), *Bremens Selbständigkeit: Bedrohung – Herausforderung – Chance*, Bremen (1998), S. 24-69. Neoklassische Deutung der massiven Arbeitslosigkeit: Theoretische Widersprüche und empirische Defizite, in: Utz, Arthur F. (Hrsg.), *Die massive Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsordnung* (Sozialpolitische Schriften, Heft 74), Berlin 1998, S. 39-54. Tarifpolitik im Prozess der ökonomischen Transformation. Tarifliche Lohnpolitik unter Nutzung der Härtefallregelung. Ergebnisse einer Untersuchung zur Praxis in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie, in: König, Otto / Stamm, Sybille / Wendl, Michael (Hrsg.), *Erosion oder Erneuerung? Krise und Reform des Flächentarifvertrages*, Hamburg 1998, S. 139-154. Wie gerecht ist das deutsche Steuersystem? Zum voranschreitenden Abbau der Besteuerung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit, in: Elsner, Wolfram / Engelhardt, Werner Wilhelm / Glastetter, Werner (Hrsg.), *Ökonomie in gesellschaftlicher Verantwortung. Festschrift für Siegfried Katterle zum 65. Geburtstag*, Berlin 1998, S. 245-268. Gewinner und Verlierer der neoliberalen Angebotspolitik: Umverteilung für die Profitwirtschaft gelungen – Massenarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg programmiert, in: Butterwegge, Christoph / Hickel, Rudolf / Ptak, Ralf (Hrsg.), *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie*, Berlin 1998, S. 98-120. Ein »bescheidener Entwurf«? Der rot-grüne Einstieg in eine andere Steuerpolitik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 44. Jg., Nr. 2 (1999), S. 168-178. Makroökonomische Sehkraft stärken. Anforderungen an eine keynesianische Wirtschaftspolitik, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 50. Jg., Nr. 2 (1999), S. 83-94. Rot-grüne Steuerpolitik: Was bisher geschah, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 44. Jg., Nr. 4 (1999), S. 496-500. Abschied vom Rheinischen Kapitalismus? Zum rot-grünen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 44. Jg., Nr. 8 (1999), S. 947-957. Zwischenbilanz der sozial-ökonomischen Einigung Deutschlands, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 50. Jg., Nr. 11 (1999), S. 656-666. Zukunftsgestaltung oder Aderlaß, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 44. Jg., Nr. 12 (1999), S. 1423-1426. Angebotsdoktrin in der Krise: Gründe für die Revitalisierung der Keynes'schen Makroökonomik, in: Helmedag, Fritz / Reuter, Norbert, *Der Wohlstand der Personen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn*, Marburg 1999, S. 329-361 (erneut abgedruckt in: Hampe, Peter / Weber, Jürgen (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft: Eine Erfolgsstory vor dem Ende?*, München 1999, S. 95-128). Am Tag, als im Osten die D-Mark kam. Zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung: Zeit für eine ökonomische Zwischenbilanz, in: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 230. 4.10.1999, S. 12. Zur Dienstleistungsdynamik der deutschen Wirtschaft: Ausmaß, Ursachen, Strategien der Tertiarisierung, in: Bußmann, Ludwig (Hrsg.), *Vollbeschäftigung und Tertiarisierung (Drei-Sektoren-Hypothese)*, Berlin 1999, S. 155-189. Wirtschaftswachstum, ökologischer Umbau und Verteilungskonflikte, in: Greenpeace/Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), *Wirtschaft ohne Wachstum? Denkanstöße – Handlungskonzepte – Strategien*, Wiesbaden 1999, S. 77-83. Ökosteuern jetzt erst recht, in: Bremer Umwelt Beratung e.V. (Hrsg.), *Ökologische Steuerreform. Eine Debatte zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Umweltverbänden*, Bremen 1999, S. 22-26. Die Ökosteuerreform ist leider ein Torso. Interview mit Prof. Dr. Rudolf Hickel, in: Bremer Umwelt Beratung e.V. (Hrsg.), *Ökologische Steuerreform. Eine Debatte zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Umweltverbänden*, Bremen 1999, S. 74-80. Mit Schrumpfpolitik läßt sich nicht wachsen: Eine erste Bilanz rot-grüner Steuerpolitik, in: Schmitthenner, Horst / Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Sozialstaat als Reformprojekt. Optionen für eine andere Politik*, Hamburg 1999 (2. Aufl.: Hamburg 2000), S. 239-259. Zukunftsfähige Politik für Arbeit und Umwelt – Thesen zur Konzeption und zu den Instrumenten, in: *Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000. Was die Gesellschaft bewegt. Konzepte und Reflexionen zu Gegenwart und Zukunft*, hrsg. u. bearb. v. Werner Fricke, Bonn 1999, S. 199-217. Steuerpolitik für Shareholder, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 45. Jg., Nr. 2 (2000), S. 151-157. Warum der Euro stärker ist als sein Ruf. Zehn Gründe für eine mittelfristige Aufwertung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 45. Jg., Nr. 4 (2000), S. 489-493. Steuerpolitik im Dienste der Neuordnung der Deutschland AG, in: *Sozialismus*, Nr. 4 (2000), S. 13f. Halbzeit eines Systemwechsels, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 45. Jg., Nr. 8 (2000), S. 906-909. Vom kooperativen zum konkurrierenden Föderalismus? Der Länderfinanzausgleich unter Reformdruck, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 45. Jg., Nr. 12 (2000), S. 1483-1493. Die alte Finanzpolitik im neuen Gewande: Kritik der Verdrängung makroökonomischen Denkens, in: Goldschmidt, Werner / Klein, Dieter / Steinitz, Klaus (Hrsg.), *Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive. Beiträge zum sechzigsten Geburtstag von Herbert Schui*, Heilbronn 2000, S. 9-26. Die sozial-ökonomische Transformation Ostdeutschlands. Herausforderung auch an die kritische Wirtschaftswissenschaft, in: Hickel, Rudolf / Kisker, Klaus-Peter / Mattfeld, Harald / Troost, Axel (Hrsg.): *Politik des Kapitals – heute. Festschrift zum 60. Geburtstag von Jörg Huffschild*, Hamburg 2000, S. 356-377. Keynesianismus versus Neoklassik: Auf der Suche nach einer zukunftsfähigen Politik für Arbeit und Umwelt, in: Ehrig, Detlev / Himmelreicher, Ralf K. / Schäfer, Heinz (Hrsg.): *Finanzmarktarchitektur, ökonomische Dynamik und regionale Strukturforschung. Festschrift für Gerhard Leithäuser und Thomas von der Vring*, Bremen 2000, S. 195-224. Weniger ist genug. Zur Beschäftigungspolitik der Bundesregierung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 4 (2001), S. 456-463. Einkommensteuer: Einfach vs. gerecht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 7 (2001), S. 793-797. Die neue Allmacht der Ökonomie. Wir brauchen eine andere Wirtschaft – und eine andere Politik, in: Hickel, Rudolf / Strickstock, Frank (Hrsg.): *Brauchen wir eine andere Wirtschaft?*, Reinbek bei Hamburg 2001, S. 9-37. Der Osten auf der Kippe. Widersprüche der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 10 (2001), S. 1241-1249. Widersprüchlicher Prozess der ostdeutschen Transformation, in: *AG Perspektiven für Ostdeutschland*

(Hrsg.): Ostdeutschland – eine abgehangte Region? Perspektiven und Alternativen, Dresden 2001, S. 48-79.  
</pzwischen></pviel>

## **Inhalt:**

Heiner Heseler / Jörg Huffschild / Norbert Reuter / Axel Troost

### **Politische Ökonomie als Programm**

Rudolf Hickel zum 60. Geburtstag

#### I. Aspekte einer alternativen Wirtschaftswissenschaft

Herbert Schui

### **Bildung und Wissen – marktgerecht organisiert**

Norbert Walter

### **Globalisierung der Wirtschaft vs. Identifikation durch die Muttersprache**

Jan Prieue

### **Fünf Keynesianismen**

Zur Kritik des Bastard-Keynesianismus

Harald Mattfeldt

### **Arbeitsmarkt und realwirtschaftliche Entwicklung: Anmerkungen zur Entkopplungsthese**

Karl Georg Zinn

### **Der Kapitalismus und die neue Hegemonialstellung der USA im Kontext der Debatte um die »New Economy«**

Heide Gerstenberger

### **Politische Ökonomie? Politische Ökonomie!**

Wolfram Elsner

### **Wie die Gesellschaft (wieder) in die Theorie der Wirtschaftspolitik integriert werden kann**

#### II. Aspekte einer alternativen Wirtschaftspolitik

Christa Müller / Oskar Lafontaine

### **Stehvermögen**

Hartmut Tofaute

### **Keine Blankovollmacht für Sparpolitik**

Gewerkschaftliche Vorstellungen zum Kurs der öffentlichen Finanzpolitik

Dieter Vesper

### **Anmerkungen zu den Stabilisierungsmöglichkeiten der Finanzpolitik in einem föderalen Staat**

Ewald Nowotny

### **Perspektiven einer europäischen Finanzverfassung**

Jörg Huffschild

### **Europäische Beschäftigungspolitik: Arbeitsplätze um jeden Preis?**

Peter Mayer

### **Südkorea im Wandel – Die Modernisierung der Wirtschafts- und Sozialverfassung in einem Schwellenland**

#### III. Bilanz der deutschen Vereinigungspolitik

Christa Luft

### **Das Wendejahr 1989 / 90**

Erinnerungen einer Zeitzeugin

Edelbert Richter

### **Spaltung als Preis der Einheit**

Zum Hintergrund der Entscheidungen von 1990

Norbert Reuter

### **Mehr »error« als »trial«**

Der Prozess der deutschen Einheit im Spannungsfeld ökonomischer Theorien

Klaus Steinitz

### **Eine »zweite Chance« nach dem Fehlstart?**

Perspektiven Ostdeutschlands im zweiten Jahrzehnt nach der Vereinigung

Hasso Düvel

### **Viele Wissenschaftler erklären die Welt – nur wenige helfen, sie zu verändern**

#### IV. Gewerkschaften, Tarifpolitik, Mitbestimmung

Detlef Hensche

##### **Wissenschaft und gewerkschaftliche Praxis**

Horst Schmitthenner / Hans-Jürgen Urban

##### **Sisyphos als Leitbild?**

Zum Verhältnis von alternativer Wirtschaftswissenschaft und Gewerkschaften

Frank Teichmüller

##### **Unternehmen und Gesellschaft – Zur Zukunft der Tarifpolitik**

Heinz-J. Bontrup

##### **Für mehr unternehmensbezogene Mitbestimmung – Ein Reformvorschlag**

Günter Geisler

##### **Das »weitere Mitglied« der Arbeitnehmerseite eines montan-mitbestimmten Aufsichtsrates**

#### V. Erlebnisse und Begegnungen

Eckard Wandel

##### **Rudolf Hickel in Tübingen 1962 - 1970**

##### **Gespräch mit dem Bremer Bürgermeister Henning Scherf**

Klaus Pierwoß

##### **Zwischen Kooperation und Konfrontation**

Beispiele kulturpolitischer Kontroversen in Bremen

##### **Verzeichnis der Schriften Rudolf Hickels 1968 - 2001**

#### **Autorenreferenz**

**Bontrup, Heinz-J.**, geb. 1953, Dr. rer. pol., ehemaliger Arbeitsdirektor in der Stahlindustrie, Professor an der Fachhochschule Gelsenkirchen, Fachbereich Wirtschaftsrecht, Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsökonomik, Mitbestimmung und Entgeltpolitik. **Düvel, Hasso**, geb. 1945, seit 1991 Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Sachsen und seit 1995 Bezirksleiter des fusionierten IG Metall-Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen. **Elsner, Wolfram**, geb. 1950, Dr. rer. pol., Professor für Volkswirtschaftslehre, insbes. Strukturforchung an der Universität Bremen, 1989 bis 1995 Leiter der Planungsabteilung beim Bremer Wirtschaftssenator und des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung (BAW) sowie Konversionsbeauftragter im Lande Bremen (1992-2000). **Geisler, Günter**, Prof. Dr. rer. pol., seit 1979 Vorstandsmitglied der Salzgitter AG für den Bereich Personal und seit 1996 stellvertretender Vorstandsvorsitzender, Lehrbeauftragter an der TU Braunschweig zu Fragen der Unternehmens- und Personalplanung, Personalentwicklung und Qualifikation. **Gerstenberger, Heide**, geb. 1940, Dr. rer. pol., Professorin an der Universität Bremen, Arbeitsschwerpunkte: Strukturentwicklung moderner Staaten und Gesellschaften einschließlich ihrer Veränderungen durch Prozesse der Globalisierung, Armut und Armutspolitik, Sozialgeschichte der deutschen Handelsschifffahrt. **Hensche, Detlef**, geb. 1938, Dr. jur., ab 1975 Mitglied im Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier, ab 1983 stellvertretender Vorsitzender, von 1992 bis 2001 Vorsitzender der IG Medien. **Heseler, Heiner**, geb. 1948, Dr. rer. pol., Leiter der Abteilung Planung und Koordinierung in der Senatskanzlei des Landes Bremen, bis Oktober 2001 an der Universität Bremen Leiter des Kooperationsbereichs Universität Arbeitnehmerkammer. **Huffschnid, Jörg**, geb. 1940, Professor für Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Bremen, Arbeitsschwerpunkte: Finanzmärkte, europäische Integration, Wirtschaftspolitik. **Lafontaine, Oskar**, geb. 1943, ehem. Ministerpräsident des Saarlandes, ehem. Bundesvorsitzender der SPD, ehem. Bundesminister der Finanzen. **Luft, Christa**, geb. 1938, Prof. Dr. habil., 1989/90 Stellvertretende Regierungschefin und Wirtschaftsministerin der DDR-Regierung, seit 1994 MdB, Stellvertretende Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion und Mitglied im Haushaltsausschuss im Deutschen Bundestag. **Mattfeldt, Harald**, geb. 1943, Dr. rer. pol., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Arbeitsschwerpunkte: Wirtschafts-, insbesondere Arbeitsmarktpolitik, Verteilung, Keynesianismus. **Mayer, Peter**, geb. 1961, Dr. rer. pol., 1993-2001 Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ghana und Südkorea, seit 2001 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Osnabrück, Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaftliche Entwicklung in Ostasien, Handelspolitik, Entwicklungspolitik. **Müller, Christa**, geb. 1956, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, Gründerin und Vorsitzende des Vereins (!)NTACT e.V., Internationale Aktion gegen die Beschneidung von Mädchen und Frauen. **Nowotny, Ewald**, geb. 1944, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg; bis 1999 ordentlicher Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien; Vorsitzender des Finanzausschusses des Österreichischen Nationalrates; Publikationen in den Bereichen Finanzwissenschaft und europäische Wirtschaftspolitik. **Pierwoß, Klaus**, geb. 1942, Prof. Dr., Dramaturg am Landestheater Tübingen, am Nationaltheater Mannheim und am Maxim Gorki Theater Berlin. Seit 1994 Generalintendant des Bremer Theaters,

seit 2000 Professor für Musik- und Kulturmanagement an der Hochschule Bremen. **Priewe, Jan**, geb. 1949, Dr. rer. pol., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Arbeitsschwerpunkte: Makroökonomik, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Wirtschaftspolitik, Umweltökonomik. **Reuter, Norbert**, geb. 1960, Dr. rer. pol., Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Arbeitsschwerpunkte: Institutionelle Ökonomik, Wachstumstheorie und -politik, Arbeitsmarktpolitik, Finanzwissenschaft. **Richter, Edelbert**, geb. 1943 in Chemnitz, Dr. rer. phil. 1963 bis 1968 Theologiestudium in Halle, 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«, 1990 Eintritt in die SPD, Mitglied der Volkskammer vom 18. März bis 2. Oktober 1990, Mitglied des Bundestages vom 3. Oktober bis 20. Dezember 1990 und seit 1994. **Scherf, Henning**, geb. 1938, Dr. jur., Bürgermeister, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und zugleich Senator für Justiz und Verfassung; von 1972 bis 1978 Landesvorsitzender der SPD in Bremen; seit 1978 Mitglied des Senats. **Schmitthener, Horst**, geb. 1941, seit 1971 Gewerkschaftssekretär der IG Metall und seit Oktober 1989 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall. **Schui, Herbert**, geb. 1940, Dr. rer. pol., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, Arbeitsschwerpunkte: Makroökonomie, Theoriegeschichte. **Steinitz, Klaus**, geb. 1932, Dr. rer. oec. habil., Professor (em.), seit 1991 Sprecher der AG Wirtschaftspolitik der PDS, Arbeitsschwerpunkte: Struktur- und Technologiepolitik, alternative Wirtschaftspolitik, Probleme nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung, ökonomische und soziale Entwicklungsprobleme Ostdeutschlands. **Teichmüller, Frank**, geb. 1943, nach Abschluss der großen juristischen Staatsprüfung seit 1974 bei der IG Metall beschäftigt, seit 1986 Bezirksleiter des IG Metall Bezirks Küste. **Tofaute, Hartmut**, geb. 1943, Dr. rer. pol., seit 1996 Referatsleiter für Steuer- und Finanzpolitik beim DGB-Bundesvorstand. **Troost, Axel**, geb. 1954, Dr. rer. pol., Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe) und der PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH. **Urban, Hans-Jürgen**, geb. 1961, Studium der Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Philosophie in Bonn, Gießen und Marburg, seit 1991 Gewerkschaftssekretär der IG Metall, seit 1998 Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall. **Vesper, Dieter**, geb. 1947, Dr. rer. pol., seit 1973 tätig beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in der Abteilung »Staat«, Arbeitsschwerpunkte: Haushalts- und Steuerpolitik, vertikaler und horizontaler Finanzausgleich, öffentliche Verwaltung, Regionalpolitik, Stabilisierungspolitik. **Walter, Norbert**, geb. 1944, Prof. Dr. rer. pol., Mitarbeiter am Kieler Institut für Weltwirtschaft, seit 1990 Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe und Mitglied der Geschäftsleitung Deutsche Bank Research, seit Juli 2000 Mitglied im Gremium der »Sieben Weisen zur Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte« bei der EU-Kommission. **Wandel, Eckard**, geb. 1942, Dr. rer. pol. habil., Professor für Wirtschaftsgeschichte an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen (1980 bis 1995), Arbeitsschwerpunkte: Geld- und Bankengeschichte, Wirtschaftsgeschichte der Vereinigten Staaten, Transformation, Restrukturierungen. **Zinn, Karl Georg**, geb. 1939, Dr. rer. pol., Professor für Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Arbeitsschwerpunkte: Makroökonomie, Keynesianismus, Geschichte der Politischen Ökonomie, Internationale Wirtschaftsbeziehungen.

Quelle: <https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/gegen-die-markt-orthodoxie-1/>